

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

12.12.2014

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 5-10

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Donnerstag, 11.09.2014

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 21:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

19.12 Uhr – 19.19 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Seite 3/36
- 2** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
Seite 3/36
- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 26.06.2014**
0329/2014 *Seite 3/36*
- 4** **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite 4/36*

| | | |
|--------------|--|--------------------|
| 4.1 | Anträge Herrn Samiraes | |
| 4.1.1 | Antrag vom 10.09.2014 zur Änderung der Geschäftsordnung | <i>Seite 4/36</i> |
| 4.1.2 | Antrag vom 11.09.2014 zur Flüchtlingsunterkunft | <i>Seite 5/36</i> |
| 4.1.3 | Antrag vom 03.09.2014 zum Diversity Management Event | <i>Seite 6/36</i> |
| 5 | Mitteilungen des Bürgermeisters <i>0394/2014</i> | <i>Seite 8/36</i> |
| 5.1 | Vortrag zum Thema "Pflege für Migranten" | <i>Seite 9/36</i> |
| 6 | Rückblick auf die Wahl des Integrationsrates am 25.05.2014 - Beantwortung noch offener Fragen durch Herrn Widdenhöfer | <i>Seite 10/36</i> |
| 7 | Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers <i>0331/2014</i> | <i>Seite 12/36</i> |
| 8 | Vorschlag zur Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse <i>0332/2014</i> | <i>Seite 12/36</i> |
| 9 | Ergebnisse des Klausurtages am 23.08.2014 <i>0390/2014</i> | <i>vertagt</i> |
| 10 | Vorstellung der gebildeten Arbeitskreise mit geplanten Projekten | <i>Seite 13/36</i> |
| 11 | Arbeitskreis "Dialog der Religionen und Kulturen" | <i>Seite 14/36</i> |
| 12 | Integrationskonzept | <i>vertagt</i> |
| 13 | Aktivitäten der Salafisten - geht uns das etwas an? | <i>vertagt</i> |
| 14 | Anträge der Fraktionen | <i>Seite 14/36</i> |
| 14.1 | Antrag der Internationalen Liste vom 30.07.2014 zur Verwendung der jährlichen Mittel in Höhe von 50.000 € <i>0400/2014</i> | <i>Seite 14/36</i> |
| 15 | Anfragen | <i>Seite 15/36</i> |

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der 1. Stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Bartoszewicz, eröffnet die zweite Sitzung des Integrationsrates in der neunten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest. Die fehlenden Integrationsratsmitglieder sowie die anwesenden Vertreter ergeben sich aus der Teilnehmerliste (*Anlage 1*).

Herr Bartoszewicz begrüßt Herrn Buhleier in Vertretung Frau Siebenmorgens, Frau Schlich (Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales) und Herrn Turan.

Er und Herr Buhleier verweisen auf drei Anträge Herrn Samiraes, die nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurden. Diese Anträge sind nicht fristgerecht bei der Verwaltung eingegangen. Das probeweise eingeführte Verfahren, Anträge über den Vorsitzenden der Verwaltung zuzuleiten, habe sich leider nicht bewährt. Er bittet darum, Anträge zukünftig unmittelbar per Post der Geschäftsführerin Frau Siebenmorgen zu schicken, die sie dem Vorstand weiterleitet.

Herr Buhleier weist darauf hin, unter welchen Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Vorsitzende Anträge auf die Tagesordnung setzen muss. Anträge, die nicht von mindestens einem Fünftel der Integrationsratsmitglieder unterschrieben wurden, kann der Vorsitzende in die Tagesordnung aufnehmen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Anträge:

1. Antrag vom 03.09.2014 zum Diversity Management Event (*Anlage 4*),
2. Antrag vom 10.09.2014 zur Änderung der Geschäftsordnung (*Anlage 2*),
3. Antrag vom 11.09.2014 zur Flüchtlingsunterkunft (*Anlage 3*) sowie
4. Antrag vom 08.09.2014 zur Bildung der Arbeitskreise (*Anlage 5*). Dieser Antrag könne mit dem schon vorhandenen Tagesordnungspunkt gemeinsam beraten werden.

Herr Buhleier schlägt vor, die Anträge 1. – 3. ohne formellen Beschluss nach den Mitteilungen des Vorsitzenden (TOP Ö 4) in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Bartoszewicz stellt fest, dass gegen diese Vorgehensweise kein Widerspruch erhoben wird. Darüber hinaus schlägt er vor, die Tagesordnung um den Punkt 5.1 „Vorstellung des Herrn Turan“ zu ergänzen. Auch hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 26.06.2014 wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 26.06.2014 0329/2014

Auf Anfrage Herrn Farbers bedauert der Schriftführer, dass dessen Anfrage nach der finanziellen Ausstattung der Integrationsräte in Städten vergleichbarer Größe wie Bergisch Gladbach urlaubsbedingt noch nicht beantwortet wurde.

Herr Farber ist erstaunt über die Ausführung auf Seite 33 der Niederschrift (Antwortschreiben an Herrn Samirae zu Fragen zum Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach), wonach eine weitere Landesförderung über 20.000 € nicht bekannt sei. Aus der 2. Förderung sei das „Eisenbahnprojekt“ entstanden. Im Protokoll vom 29.04.2010 zum Integrationskonzept sei vermerkt, dass die Stadt 2009 ein weiteres Mal an der Landesförderung KOMM-IN teilnahm. Dabei ging es um Vereinsengagement.

Herr Buhleier weist darauf hin, dass aufgrund der ursprünglichen Anfrage archivierte Akten überprüft und zu dieser Landesförderung nichts gefunden wurde. Zum Zeitpunkt der Prüfung sei nicht bekannt gewesen, um welches Projekt es sich handelte.

Auf Anfrage Herrn Samirae nach der Beantwortung der Anfragen aus der letzten Sitzung verweist Herr Bartoszewicz auf die Ausführungen zu TOP Ö 18 der Niederschrift. Herr Buhleier verweist darauf, dass Antwortschreiben zu gestellten Anfragen selbstverständlich auch dem Integrationsrat zur Kenntnis gebracht werden. Zur konkreten Anfrage zu Flüchtlingen verweist Herr Buhleier auf Seite 27/54 der Niederschrift.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Bartoszewicz trägt keine Mitteilungen vor.

4.1. Anträge Herrn Samirae

4.1.1. Antrag vom 10.09.2014 zur Änderung der Geschäftsordnung

Herr Buhleier verweist auf den als *Anlage 2* beigefügten Antrag und schlägt über den Antrag hinaus vor, dass die Verwaltung die gesamte Geschäftsordnung unter sachlichen und rechtlichen Gesichtspunkten wertet. In einer der nächsten Sitzungen wird die Verwaltung im Rahmen einer Vorlage ihre Änderungsvorschläge der geltenden Geschäftsordnung gegenüberstellen. In dieser Vorlage würde auch auf die Änderungsvorschläge Herrn Samirae eingegangen. Um dem Integrationsrat weitere Änderungsvorschläge zu ermöglichen, schlägt er eine Beratung in zwei Sitzungen vor.

Frau Dönmez weist darauf hin, dass sich der Integrationsrat mit den Anträgen Herrn Samirae noch nicht befassen konnte.

Herr Tollih spricht sich dafür aus, die Satzung in den Arbeitskreisen zu behandeln und unterstützt ansonsten Herrn Buhleiers Vorschlag.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Der Antrag Herrn Samirae zur Änderung der Geschäftsordnung wird wie von Herrn Buhleier vorgeschlagen bearbeitet.

4.1.2. Antrag vom 11.09.2014 zur Flüchtlingsunterkunft

Herr Buhleier verweist auf den als *Anlage 3* beigefügten Antrag, den Herr Samirae begründet.

Frau Schlich erläutert zunächst die Vorgehensweise der Verwaltung, die im Schreiben Herrn Martmanns an Herrn Samirae dargestellt ist. Die Unterbringung in einer eher außerhalb gelegenen Aufnahmefacilitäten sei nicht erlaubt.

Seit Herbst letzten Jahres sei absehbar, dass die vorhandenen Einrichtungen für Flüchtlinge nicht mehr ausreichen. Seitdem wurden verschiedene Möglichkeiten der Unterbringung geprüft. Einige Unterbringungsmöglichkeiten wurden umgesetzt, die aber nicht ausreichen.

Nur das Bastei-Lübbe-Gebäude lasse sich als Unterbringungsmöglichkeit nutzen. Eine Anmietung sei finanziell nicht sinnvoll. Alternativen gebe es nicht. Zur Betreuung der Flüchtlinge werden zusätzlich drei befristete Stellen geschaffen. Sie stellt die geplante Ausstattung des Gebäudes dar. Der Umbau soll Ende Januar 2015 abgeschlossen sein. Bis dahin besteht die Möglichkeit, verstärkt Personen in Hotels unterzubringen. Gespräche würden auch mit einzelnen Kirchengemeinden geführt. Gesucht würden zudem Wohnungen für endgültige Unterbringungen.

Herr Samirae kritisiert, die Verwaltung habe gegen das Informationsrecht des Rates und des Integrationsrates verstoßen. Da nur eine Unterbringungsmöglichkeit vorgeschlagen wird, hätten die gewählten Vertreter keine Alternative und auch keine Zeit, einen anderen Beschluss zu fassen. Er bittet um Prüfung eines Alternativvorschlags.

Herr Tollih hätte sich eine schriftliche Darstellung der Unterbringungsmöglichkeiten durch Herrn Martmann gewünscht. Er ist dafür, sich zusammen mit der Verwaltung um die bestmögliche Umsetzung zu bemühen, damit die Unterbringung bis Ende Januar nicht gefährdet wird, und regt eine enge Zusammenarbeit des Arbeitskreises „Flüchtlinge“ des Integrationsrates mit dem entsprechenden städtischen Arbeitskreis an.

Frau Schlich betont, die Verwaltung habe ihre Aufgabe erfüllt, den entscheidenden Gremien eine Vorlage mit der bestmöglichen Lösung vorzulegen. Sie erhofft sich die Unterstützung des Integrationsrates dabei, den Flüchtlingen zu helfen.

Herr Farber begrüßt Herrn Samiraes Antrag als Anlass für Frau Schlichs Ausführungen.

Herr Bartoszewicz sieht den Integrationsrat in der Pflicht, die Flüchtlinge zu unterstützen. Der Integrationsrat sei bereit, gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen zu suchen. Über eine frühzeitige Beteiligung des Integrationsrates durch die Verwaltung hätte auch er sich gefreut.

Dass das Bastei-Lübbe-Gebäude als Unterbringungsmöglichkeit infrage komme, wisse er schon seit zwei Monaten. Die vorgetragene Entwicklung begrüßt er. Er wisse auch um die Bemühungen der Verwaltung bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten.

Alle Kommunen seien derzeit mit der Flüchtlingssituation überfordert. Auch die Bürgergesellschaft sei gefragt.

Verschiedene Mitglieder des Integrationsrates sprechen sich für eine bessere Kommunikation und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Integrationsrat und Verwaltung aus.

Auf Anfrage Herrn Dresbachs erklärt Frau Schlich, die Verweildauern der Flüchtlinge seien unterschiedlich lang. Sie verweist auf ausländerrechtliche Auflagen hinsichtlich der Unterbringung.

Kontingentflüchtlinge aus Syrien bekämen sofort eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis. Sie können auch sofort in ein privates Mietverhältnis überführt werden.

Die Verwaltung könne bis zur Ratssitzung keine Alternative zum Bastei-Lübbe-Gebäude vorschlagen.

Frau Heidberg-Schwettmann erinnert an den Zeitaufwand in Zusammenhang mit dem Lösungsvorschlag „Bastei-Lübbe-Gebäude“. Sie halte es für unzumutbar, dass die Verwaltung neben ihrer sonstigen Arbeit nochmals eine Alternativlösung suchen soll.

Herr Tollih beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Die Rednerliste wird geschlossen.

Zu einem Wortbeitrag Herrn Crommes zu Alternativlösungen verweist Frau Schlich auf die bauaufsichts- und bauordnungsrechtliche Prüfung der Zulässigkeit von Wohnen im Bastei-Lübbe-Gebäude. Unmittelbar neben diesem Gebäude wird bereits gewohnt. Würde das städtische Vorhaben von der Bauordnung genehmigt, habe die Klage eines Anwohners nicht unbedingt aufschiebende Wirkung. Sie erinnert an die Unterbringung von Flüchtlingen in den 90er Jahren teilweise in Eisenbahnwaggons, die man ausdrücklich vermeiden möchte. Die Verwaltung prüfe dauernd mögliche Entwicklungen und ergreife notwendige Maßnahmen. Der Integrationsrat würde dann frühzeitig informiert.

Herr Samirae fasst seinen Antrag wie folgt zusammen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Alternative zur Unterbringung der Flüchtlinge zu erarbeiten aus dem Prinzip der Vorsicht heraus, dass das Vorhaben im Bastei-Lübbe-Gebäude misslingt.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (bei fünf Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen)

Der Antrag „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Alternative zur Unterbringung der Flüchtlinge zu erarbeiten aus dem Prinzip der Vorsicht heraus, dass das Vorhaben im Bastei-Lübbe-Gebäude misslingt.“ wird abgelehnt.

Frau Schlich bittet um Verständnis dafür, diese Sitzung wegen einer anderen Ausschusssitzung verlassen zu müssen. Unter Beifall des Integrationsrates bedankt sich Herr Bartoszewicz für ihre Teilnahme.

4.1.3. Antrag vom 03.09.2014 zum Diversity Management Event

Herr Buhleier stellt sein Verständnis der Zielsetzung des Antrags (*Anlage 4*) dar. Er erinnert an einen anderen Antrag zum Thema Diversity Management in der letzten Sitzung des Integrationsrates und den dazu gefassten Beschluss. U. a. versteht er den aktuellen Antrag so, dass der vorige Antrag wieder von der Tagesordnung der Ratssitzung am 30.09. abgesetzt wird.

Das Budget des Integrationsrates ist für dieses Jahr erschöpft. Auf das Budget für 2015 könne vor der Verabschiedung und der Genehmigung des Haushalts nicht zugegriffen werden. Die Verwendung von Mitteln des Integrationskonzeptes müsse erst noch im Detail geprüft werden. Über eine Verwendung *dieser* Mittel muss ein Beschluss der ASWDG herbeigeführt werden. Das sei frühestens Anfang Dezember möglich.

Um einen solchen Beschluss zu fassen, sei es sinnvoll, die Gesamtkosten der Maßnahme darzustellen. Z. B. sei für einen fachkundigen Referenten (im Antrag wird Herr Stuber vorgeschlagen) mit einem Honorar von geschätzt 1.000 € bis 2.000 € zu rechnen. Für eine externe Moderation sei mit weiteren etwa 1.000 € zu rechnen. Der Integrationsrat müsse sich weiterhin die Kosten eventuell

beschädigter oder zerstörter Hartfaserplatten, die als Werbeträger genutzt werden sollen, bewusst machen.

Die Veranstaltung soll an einem Montag stattfinden und sich an Ratsmitglieder wenden. Montags tagen aber die Fraktionen, sodass ein anderer Tag sinnvoller erscheint.

Herr Buhleier empfiehlt daher, über die Durchführung einer solchen Veranstaltung erst nach der Vorlage einer aussagekräftigen Konzeption incl. Finanzierungsplan zu entscheiden.

Herr Samirae erläutert die Vorlage. Wenn das Budget des Integrationsrates in Anspruch genommen werden muss, sei er mit einer Verschiebung der Veranstaltung bis nach Verabschiedung des Haushalts einverstanden. Er fürchtet eine nochmalige Ablehnung des Diversity Managements, wenn die Öffentlichkeit nicht (kurzfristig) informiert wird. Sein Antrag zielt auf einen generellen Beschluss zur Durchführung eines Events und die Festlegung eines Termins. Ohne Terminfestlegung sei es nicht möglich, frühzeitig die gewünschten Abgeordneten einzuladen.

Herr Tollih erinnert an die Beschlussempfehlung des Integrationsrates an den Rat hinsichtlich eines Beitritts zur Charta der Vielfalt und eines Konzeptaufbaus durch die Verwaltung. Vor einem Ratsbeschluss dazu möchte er noch kein Geld zur Verfügung stellen. Daher beantragt er die Ablehnung des gestellten Antrags.

Herr Cromme zitiert aus der nachgereichten Vorlage zu TOP Ö 14.1: „Hier bietet sich die Möglichkeit an, zu prüfen, ob bestimmte Vorhaben, deren Kosten noch nicht gedeckt sind, aus den für das Integrationskonzept zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden können.“ Im weiteren Verlauf der Vorlage würde dargestellt, dass noch erhebliche Mittel aus dem Integrationskonzept zur Verfügung stehen. Am Geld könne es also nicht scheitern.

Für Herrn Bartoszewicz entsprechen diese Ausführungen dem Vorschlag Herrn Buhleiers.

Herr Farber beantragt die Verweisung des vorliegenden Antrags den Vorstellungen Herrn Buhleiers entsprechend mit einer positiven Empfehlung des Integrationsrates an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann.

Herr Bartoszewicz unterstützt den Vorschlag Herrn Buhleiers. Die Veranstaltung finde er gut und zu wichtig, um sie über das Knie zu brechen.

Frau Celik beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen)

Die Rednerliste wird geschlossen.

2. (sieben Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen, drei Enthaltungen)

Der schriftliche Antrag Herrn Samiraes wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

3. (mehrheitlich mit elf Stimmen bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung)

Der Antrag Herrn Farbers, Herrn Buhleiers Vorschlag einer Verweisung in den ASWDG zu folgen und diese Verweisung mit einer Empfehlung des Integrationsrates zu verbinden, wird angenommen.

Herr Kunze beantragt den Schluss der Aussprache.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit sechs Stimmen bei fünf Gegenstimmen und fünf Enthaltungen)

Der Antrag auf Schluss der Aussprache wird abgelehnt.

Herr Samirae beantragt eine Unterbrechung der Sitzung für fünf Minuten, um sich über die weitere Vorgehensweise beraten zu können.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen vier Stimmen)

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Herr Bartoszewicz weist darauf hin, dass der Antrag Herrn Samiraes abgelehnt wurde und der Antrag Herrn Farbers damit nicht statthaft war. Die Abstimmung über den Antrag Herrn Farbers ist somit nichtig.

Herr Buhleier schlägt vor, bei **TOP Ö 10: Vorstellung der gebildeten Arbeitskreise mit geplanten Projekten** auf diesen Antrag zurückzukommen und die Bildung eines Arbeitskreises des Integrationsrates zu beschließen, der eine Veranstaltung zum Thema Diversity Management für das Jahr 2015 konzeptioniert und eine Finanzierungsplanung entwickelt wird. Ziel ist, dass die gewünschte Veranstaltung stattfinden kann.

Im Integrationsrat besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters *0394/2014*

Herr Buhleier verweist auf verteilte Unterlagen zum Fest der Kulturen, zum Weltkindertag und zur Seniorenkulturwoche.

Sodann erinnert Herr Buhleier an einen Vortrag im Juni 2014 im Integrationsrat zum Thema „180°-Wende“. Dieser Vortrag wurde im Integrationsrat, im Jugendhilfeausschuss und im ASSG gut aufgenommen. Für den Stadtteil Bockenberg wurde ein Konzept vorgelegt. Es soll eine Mädchen- und Frauengruppe installiert werden, die sich zu unterschiedlichen Themen treffen soll und von zwei weiblichen Coaches geleitet wird. Er sei optimistisch, dem Integrationsrat in der nächsten Sitzung das Konzept vorzulegen und im Dezember vom ASWDG beschließen lassen zu können. Das Konzept soll im Integrationskonzept eingebunden werden.

Sodann verweist er auf die schriftliche Vorlage.

Herr Bartoszewicz berichtet kurz über eine Klausurtagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge „Anerkennungskultur vor Ort“.

Herr Buhleier berichtet über eine Mitteilungsvorlage in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2014 zum Thema Bildung und Teilhabe/Schulsozialarbeit. Der Jugendhilfeausschuss fasste dazu folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss sieht den Bedarf und die Notwendigkeit für den nachhaltigen Erhalt der präventiven Netzwerkstrukturen in Bergisch Gladbach.

Er fordert daher den Rat auf, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die präventiven Netzwerkstrukturen nachhaltig zu erhalten.“

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Der Integrationsrat schließt sich der Erklärung des Jugendhilfeausschusses zur Fortführung der Netzwerkarbeit in Bergisch Gladbach an.

5.1. Vortrag zum Thema "Pflege für Migranten"

Herr Turan trägt vor:

Die Familien der Migranten der ersten Stunde würden nicht mehr wie früher in einer Gemeinschaft wohnen. Die Renten seien gering. Der Zugang der Pflege- und Krankenkassen sei nicht leicht. Oft fehlen den Pflegebedürftigen Informationen über die Leistungen der Pflegeversicherung.

In Nordrhein-Westfalen bestehen keine Pflegestützpunkte. Jeder Pflegebedürftige habe Anspruch auf eine Pflegeberatung, die aber nicht von der Pflegekasse gewährt wird. Herr Turan beschreibt kulturelle und Sprachprobleme bei der Pflege von Migranten. Z. B. würde die Pflege von einer Frau muslimischen Glaubens durch einen Mann nicht angenommen. Ambulante Pflegedienste würden ebenfalls nicht angenommen. Bevorzugt würde häusliche Pflege durch Familienangehörige. Dies scheitere, wenn keine Familienangehörigen in der Nähe wohnen. Finanzielle Möglichkeiten für eine Versorgung durch engagierte Nachbarn, Enkel etc. würden oft fehlen. Interessanter wären Pflegeleistungen in finanzieller Form.

Die Pflege wird durch Gesetz zum 01.01.2015 reformiert.

Herr Turan appelliert an den Integrationsrat, beim Kreis die Einrichtung einer Pflegeberatungsstelle zu beantragen. Diese müsse nicht auf das Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach beschränkt sein.

Verschiedene Mitglieder des Integrationsrates bedanken sich für den Vortrag.

Herr Bartoszewicz schlägt vor, im Vorstand das Thema zu konkretisieren. Es wäre möglich, einen Beschluss vorzubereiten. Außerdem spricht er sich für eine gesonderte Veranstaltung zu diesem Thema aus.

Für Frau Dönmez wird das Thema „Pflege“ unterschätzt. Pflege gehe zulasten der Familien, die Gelegenheit haben müssten, sich weiterzuentwickeln. Sie fragt, ob die Situation Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund in Bergisch Gladbach im Rahmen einer Statistik erfasst werden kann.

Herr Turan ist der Auffassung, die gewünschten Daten seien nicht von der Pflegeversicherung zu bekommen. Genauso wichtig wie die Pflege selbst sei die Unterstützung pflegender Angehöriger. Eine wichtige Funktion komme dem Pflegeberater zu.

Auf Anfrage Herrn Farbers sieht Herr Turan Unterstützungsbedarf bei der Einrichtung einer Pflegeberatung für Migranten auf Gemeinde- oder Kreisebene. Diese Unterstützung erhofft er sich vom Integrationsrat. Ärzte seien dankbar für Informationen über Pflegeberater.

Zu einer Anmerkung Herrn Basyigits erklärt Herr Turan, Pflegeberater gebe es seit 2008. Die Krankenkassen hätten eigene Pflegeberater, die aber den Bedarf nicht decken können und die auch nicht unabhängig seien. Die Krankenkassen würden sich daher teilweise an die ambulanten Pflegedienste halten.

Ab 2017 gebe es fünf Pflegestufen. Jeder Pflegebedürftige müsse dann neu eingestuft werden. Herr Tollih bestätigt, dass es in den Bereichen Gesundheit und Pflege in den nächsten Jahren auch bei Menschen mit Migrationshintergrund einen steigenden Bedarf gibt. Er vermisst einen Arbeitskreis, der sich mit Gesundheit befasst. Denkbar seien auch eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Integrationsrates mit Herrn Turan für betroffene Migranten und Listen von Ärzten mit Migrationshintergrund, die an Migranten verteilt werden.

Unter Beifall des Integrationsrates bedankt sich Herr Bartoszewicz bei Herrn Turan für den Vortrag.

6. Rückblick auf die Wahl des Integrationsrates am 25.05.2014 - Beantwortung noch offener Fragen durch Herrn Widdenhöfer

Herr Bartoszewicz teilt zunächst mit, dass sich Herr Widdenhöfer entschuldigen lässt.

Zunächst trägt Herr Bodengesser vor und beantwortet Anfragen der Mitglieder des Integrationsrates.

Er bestreitet, dass eine Vielzahl Eingebürgerter nicht zur Wahl zugelassen wurden. Wahlberechtigt waren alle, die mindestens eine Staatsangehörigkeit haben, also auch Doppelstaatler und Eingebürgerte, die die deutsche Staatsangehörigkeit auf Antrag erhalten haben. Es wurden 278 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt. 94 wurden in das Wählerverzeichnis eingetragen, die die Unterlagen komplett eingereicht haben. Bei 184 Anträgen fehlten die nötigen Unterlagen, so dass sie nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen werden konnten. Die Nachweispflicht liege beim Antragsteller. Es wurden keine Anträge nicht bearbeitet. Die 184 Antragsteller, die nicht alle Unterlagen beifügten, konnten wegen Anhäufung von Wahlen nicht auf fehlende Unterlagen hingewiesen werden. Darüber wurden die Antragsteller vorab informiert.

Auch unter den 94 Fällen, die in das Wählerverzeichnis eingetragen wurden, waren unvollständige Anträge. Diese konnten durch Rückfragen beim Rheinisch-Bergischen Kreis geklärt werden. Die Wahl lief korrekt ab.

Die Wahlperioden des Rates und des Integrationsrates laufen bis zum 31.10.2020. Sofern das Gesetz nicht geändert wird, finden beide Wahlen gleichzeitig statt.

Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung, jeden einzelnen Antragsteller auf fehlende Unterlagen hinzuweisen. Wer mit mehreren Anträgen vorsprach, wurde entsprechend informiert.

Herr Farber wiederholt die aufgetretenen Probleme:

1. Bei der offiziellen Eröffnungsveranstaltung hätten sowohl Herr Bodengesser als auch Frau Siebenmorgen erklärt, alle Eingebürgerten würden schriftlich zur Wahl aufgefordert.
2. Weder die Mitglieder des alten Integrationsrates noch die Listen wurden darüber informiert, dass sie die eingebürgerten Migranten über ihr Wahlrecht informieren sollten. Die Informationen liefen seines Wissens nur über die deutsche Presse. Die Informationen waren so spärlich, dass die meisten Eingebürgerten nichts von der Wahl wussten.
3. Mit dem Antrag auf Eintrag in das Wählerverzeichnis mussten Einbürgerungsurkunden vorgelegt werden. Herr Bodengesser habe ihm und Herrn Cromme die Auskunft erteilt, dass die Anträge durch den Rheinisch-Bergischen Kreis überprüft würden. Herr Bodengesser hätte auch zugesagt, die Anträge auch ohne Kopie der Einbürgerungsurkunde zu bearbeiten.
4. Auch Anträge mit Kopien der Einbürgerungsurkunden wurden vor Ablauf der Antragsfrist mit der Begründung nicht bearbeitet, sie seien zu spät eingegangen.
5. Auch in Fällen, in denen ein Blatt des Antrages abgegeben wurde, wurden die Antragsteller nicht darauf hingewiesen, dass das zweite Blatt fehlte. Herr Farber möchte wissen, ob es in solchen Fällen nicht üblich sei, Antragsteller auf fehlende Unterlagen hinzuweisen und ihnen die Möglichkeit zu geben, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Herr Bodengesser erklärt, dass alle Anträge bearbeitet wurden. Die angesprochene Informationsveranstaltung sei eine Veranstaltung für die Kandidaten gewesen.

Die Informationen, wer wahlberechtigt ist, geht in der Ortspresse an die Wahlberechtigten. Das Verfahren dazu ist gesetzlich vorgeschrieben. Werbung für die Wahl erfolgt nicht durch das Wahlbüro.

Auf dem Antragsvordruck stehe ausdrücklich, dass eine Einbürgerungsurkunde beizufügen sei. Die Frist für die Antragstellung ergibt sich aus der Kommunalwahlordnung. Selbstverständlich war es jedoch möglich, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Herr Basyigit erklärt, Herr Bodengesser habe ihm gegenüber die beschriebenen Auskünfte nicht erteilt. Herr Basyigit und Herr Cromme erklären, die Auskunft während der Eröffnungsveranstaltung sei gewesen, alle Eingebürgerten würden benachrichtigt.

Herr Kunze beantragt Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen vier Stimmen)

Der Antrag auf Schluss der Rednerliste wird abgelehnt.

Herr Ljura spricht sich für die Zukunft für ein elektronisches einfaches Verfahren zum Datenabgleich aus.

Herr Bodengesser nimmt die vorgebrachten Anregungen gerne auf, kann aber rechtliche Änderungen nicht vornehmen.

Auf Anfrage Herrn Crommes erklärt Herr Bodengesser, ihm sei nicht bekannt, warum der Rheinisch-Bergische Kreis nicht zu einem Abgleich der Einbürgerungsdatei mit der städtischen Einwohnerdatei bereit war. Eine Änderung würde wohl erst erfolgen, wenn es für einen solchen Abgleich eine Rechtsgrundlage gebe.

Auf Anfrage Herrn Samirae verweist Herr Bodengesser darauf, dass die Zusammenlegung der Kommunalwahl und der Wahl zum Integrationsrat gesetzlich vorgeschrieben sei und er dies nicht ändern könne. Alle öffentlichen Bekanntmachungen wurden ins Internet eingestellt.

Herr Bartoszewicz spricht sich dafür aus, rechtzeitig vor der nächsten Wahl das Gespräch mit der Verwaltung zu suchen.

Frau Münzer beantragt unter Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit die Vertagung der Tagesordnungspunkte Ö 9 bis Ö 13. Im weiteren Verlauf der Beratung zieht Frau Münzer diesen Antrag zurück. Herr Farber spricht sich für eine Vertagung der Tagesordnungspunkte Ö 9, Ö 12 und Ö 13 aus. Herr Samirae beantragt ergänzend, eine weitere Sitzung durchzuführen.

Herr Buhleier spricht sich dagegen aus, sich grundsätzlich auf fünf oder sechs Sitzungen jährlich festzulegen. Er bittet darum, es dem Vorstand zu überlassen, nach einem konkreten zusätzlichen Sitzungstermin zu suchen. Zur nächsten regulären Sitzung wird festgestellt, wie viele Tagesordnungspunkte es gibt. Wird bei der Vorbereitung der Sitzung festgestellt, ob die anstehenden Tagesordnungspunkte in einer Sitzung abgehandelt werden können oder ob es einer weiteren Sitzung bedarf.

Herr Bartoszewicz verweist auf die beabsichtigte Bildung von Arbeitskreisen.

Herr Farber würde einem Antrag zustimmen, mindestens eine Sitzung jährlich mehr durchzuführen. Er stimme auch zu, dass der Vorstand darüber nachdenkt.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit zehn Stimmen bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen)

Es wird jährlich eine Sitzung mehr als bisher durchgeführt. Der Vorstand wird dies in Ruhe und in Abstimmung mit der Verwaltung beraten.

2. (einstimmig)

Die Tagesordnungspunkte Ö 9, Ö 12 und Ö 13 werden vertagt.

7. **Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers**
0331/2014

Herr Jung stellt sich vor.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Der Integrationsrat bestellt Herrn Oliver Jung zum stellvertretenden Schriftführer des Integrationsrates.

8. **Vorschlag zur Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse**
0332/2014

Herr Tollih schlägt Frau Dönmez als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vor. Frau Dönmez ist zu einer Kandidatur bereit.

Als persönlichen Stellvertreter für Frau Dönmez schlägt Herr Kunze Herrn Tollih und Herr Samirae sich selbst vor.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlungen:

1. (einstimmig)

Als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr wird Frau Melisa Dönmez bestellt.

2. (mehrheitlich mit sieben Stimmen für Herrn Tollih, vier Stimmen für Herrn Samirae und einer Enthaltung)

Zum persönlichen Stellvertreter für Frau Dönmez wird Herr Tollih bestellt.

9. **Ergebnisse des Klausurtages am 23.08.2014**
0390/2014

Dieser Punkt wurde vertagt.

10. **Vorstellung der gebildeten Arbeitskreise mit geplanten Projekten**

Herr Buhleier erläutert die bisherige Vorgehensweise bei der Bildung von Arbeitskreisen und weist auf den Antrag Herrn Samirae (*Anlage 5*) mit dem Ziel eines formellen Beschlusses zur Einrichtung von Arbeitskreisen hin. Ein solcher formeller Beschluss kann Voraussetzung für die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern sein. Herr Buhleier schlägt vor, die Arbeitskreise zu benennen und einen Beschluss zu fassen.

Herr Bartoszewicz erinnert an die Klausurtagung, bei der die aktiven Arbeitskreise genannt wurden. Während der Klausurtagung fand eine Verständigung auf sechs Arbeitskreise statt:

- Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit (*Herr Samirae, Herr Iyilik*)
- Arbeitskreis Schule, Bildung, Flüchtlinge (*Frau Münzer, Herr Schacht*)
- Arbeitskreis Buch (*Herr Iyilik, Herr Farber*)
- Arbeitskreis Besuch der Vereine (*Migrantenvereine und deutsche Vereine; Herr Basyigit, Herr Farber, Herr Samirae, Herr Dresbach*)
- Arbeitskreis Internationales Kochen (*Herr Farber*)
- Arbeitskreis Dialog der Religionen und Kulturen (*Herr Basyigit, Herr Ljura*)
- Zusätzlich: Arbeitskreis Diversity Management (*Herr Samirae*)

Herr Bartoszewicz führt auf Anfrage Herrn Ljuras aus, dass man sich jederzeit einem Arbeitskreis anschließen könne und dies auch gewünscht sei. Jeder (auch diejenigen Bewerber, die nicht gewählt wurden) könne an jedem Arbeitskreis teilnehmen. Es können auch Experten hinzugezogen werden.

Herr Kunze erklärt, die bisherige Regelung habe gut funktioniert. In der informellen Gestaltung der Arbeitskreise sehe er Vorteile z. B. bei der Bildung weiterer Arbeitskreise. Auf Anfrage Herrn Kunzes erklärt Herr Buhleier, im vorliegenden Antrag sehe er einen Antrag zur Sache gemäß § 16 der Geschäftsordnung.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit fünf Stimmen bei drei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen)

Der Antrag Herrn Samirae, der Integrationsrat möge die unter Tagesordnungspunkt 10 gebildeten Arbeitskreise und der bereits existierenden Arbeitskreise beschließen, wird abgelehnt.

Herr Samirae verweist darauf, dass der Termin für das Diversity Management Event nicht mehr zu halten sei. Er bittet darum, dass sich ein Arbeitskreis zum Thema Diversity Management bildet. Er beantragt zu prüfen, ob Arbeitskreise offiziell errichtet werden müssen.

Herr Bartoszewicz stellt fest, dass die Geschäftsordnung keine offizielle Bildung von Arbeitskreisen vorschreibt. Vielmehr kann der Integrationsrat Arbeitskreise bilden (§24 Geschäftsordnung).

Herr Buhleier erklärt, die Verwaltung prüfe derzeit Herrn Samirae Antrag, ob die Möglichkeit besteht, in Arbeitskreisen Aufwandsentschädigungen zu bezahlen. Im Rahmen dessen wird auch geprüft, ob ein formeller Beschluss zur Bildung von Arbeitskreisen erforderlich ist.

Herr Krasniqi stellt fest, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt, der nicht beschlossen werden muss.

11. Arbeitskreis "Dialog der Religionen und Kulturen"

Herr Basyigit weist auf das Fest der Kulturen am 21.09.2014 rund um die Gnadenkirche hin. Dazu wurde ein Hinweis auf die Tische verteilt.

Herr Samirae bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die schon existierenden Arbeitskreise jemals offiziell beschlossen wurden. *(Die gewünschte Prüfung ergab, dass es keinen solchen Beschluss gibt.)*

12. Integrationskonzept

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

13. Aktivitäten der Salafisten - geht uns das etwas an?

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

14. Anträge der Fraktionen

Über den nächsten Tagesordnungspunkt hinaus liegen keine Anträge vor.

14.1. Antrag der Internationalen Liste vom 30.07.2014 zur Verwendung der jährlichen Mittel in Höhe von 50.000 € 0400/2014

Herr Farber begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung

Herr Buhleier informiert den Integrationsrat darüber, dass in die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 50.000 € für das Integrationskonzept eingestellt wurden.

Herr Samirae geht davon aus, dass der Ansatz von 50.000 € für dieses Jahr nicht ausgeschöpft wurde. Er beantragt, der Integrationsrat möge einen Antrag an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie, Gleichstellung von Frau und Mann richten, die übrigen Mittel in Abstimmung mit dem Integrationskonzept für eine Infoveranstaltung in Sachen Diversity Management für nächstes Jahr bereitzustellen und dies in Abstimmung mit der Verwaltung noch dieses Jahr organisiert.

Herr Buhleier verweist darauf, dass diese Haushaltsmittel nicht in das nächste Jahr übertragbar sind. Er erinnert an die vorangegangene Beratung zum entsprechenden Antrag Herrn Samiraes.

Herr Dresbach verweist unter Beifall des Integrationsrates darauf, dass Herr Schmitz (Initiator der SUM – Solidarität und Menschenrechte-Stiftung) den Spielplatz am Bastei-Lübbe-Gebäude in Planung und Konzeption unterstützen möchte. Er möchte sich auch finanziell beteiligen.

15. Anfragen

Herr Ljura

Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen verweise ich auf Kulturdolmetscher, die viele Kommunen in Deutschland haben. Viele Migranten haben auch noch nach Jahren Schwierigkeiten, andere Kulturen zu verstehen.

Herr Samirae

Am 28. September 2014 findet eine interessante Veranstaltung von Amnesty International zu dessen 40. Geburtstag statt. Die Veranstaltung findet von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr im großen Saal der Gnadenkirche statt. Es wird eine kleine Ausstellung gezeigt und ein unterhaltsames Programm mit verschiedenen interessanten Referenten dargeboten. Herr Samirae gibt eine Einladung in Umlauf.

Herr Tollih

Herr Tollih berichtet über eine Kinovorführung im Bergischen Löwen vor zwei Wochen. Aufgeführt wurde der Film „Exit Marrakesch“. Die Veranstaltung war gut besucht.

Herr Bartoszewicz bedankt sich für die konstruktive Sitzung und schließt sie um 21.22 Uhr.

gez. Bartoszewicz
Erster Stellvertretender
Vorsitzender

gez. Schriftführung

Anlage 1

Stadt Bergisch Gladbach

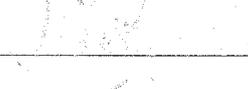
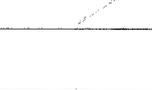
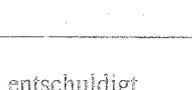
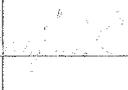
Verzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Gremium
Integrationsrat

Tag der Sitzung
11.09.2014

Ort der Sitzung
Rathaus
Bergisch Gladbach

Dauer
17.00 Uhr bis
19.30 Uhr

| Mitglieder | | |
|----------------------------|---|--|
| Name, Vorname | von – bis | Unterschrift |
| Gewählte Mitglieder | | |
| Bartoszewicz, Szymon | |  |
| Basyigit, Saim | |  |
| Canales Suazo, Elda Bussy | |  |
| Celik, Özlem | | |
| Dönmez, Melisa | |  |
| Farber, Klaus | |  |
| Hartmann, Marcel | | entschuldigt |
| Iyilik, Bülent | | entschuldigt |
| Ljura, Adnan | | |
| Panzer, Martin | |  |
| Samirae, Frank | |  |
| Tollih, Redouan | |  |
| Vertreter | | |
| Cromme, Dirk |  |  |
| | | |
| | | |
| | | |

| Vom Rat bestellte Mitglieder | | |
|---|-----------------------|--------------|
| Dresbach, Erich | | |
| Heidberg-Schwettmann, Diana | | |
| Krasniqi, Kastriot | | |
| Münzer, Mechthild | | |
| Schacht, Rolf-Dieter | | entschuldigt |
| Schütz, Fabian | | |
| Weber, Dirk | | entschuldigt |
| Persönliche Vertreter | | |
| Casper, Claudia | für Herrn Schacht | |
| | für Herrn Schlich | |
| | für Herrn Bodengesser | |
| | | |
| | | |
| Mitglieder der Verwaltung | | |
| Siebenmorgen, Martina | | entschuldigt |
| Fedder, Hans Jörg | | |
| Buhleier, Michael | | |
| Schlich, Beate (Fachbereichsleiterin 5) | | |
| Bodengesser, Frank (Fachbereich 3) | | |
| | | |
| Gäste | | |
| Cromme, Dirk (Vertreter Seniorenbeirat) | | |
| Ozaneaux-Martinez, Elvira (Stellvertreterin Herrn Crommes) | | |
| Frau Hänsch (Caritas Fachdienst für Integration und Migration) | | |
| | | |
| | | |
| | | |

Frank Samirae, MdR
Hokunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Anlage 2

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Stadthaus An der Gohrsmühle
z. Hd. Herrn Buhleier
An der Gohrsmühle 18
51465 Bergisch Gladbach

E B - 10 / 09

5 z. K.

per Telefax: 02202-14-2325

Mittwoch, 10. September 2014

Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung des Integrationsrates vom 11.09.2014
gem. § 12 der Geschäftsordnung um den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Sehr geehrter Mitglieder des Integrationsrates,

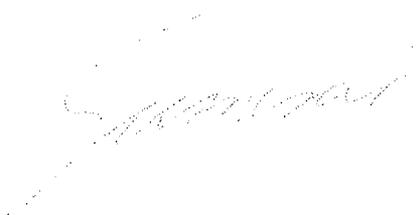
für einen demokratischen und funktionierenden Integrationsrat ist es wichtig, dass im Einklang mit der Geschäftsordnung gearbeitet werden kann.

Meinen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung hatte ich daher bereits vor Wochen, auf ausdrückliche Bitte der Geschäftsführerin, dem Vorsitzenden des Integrationsrates in den Briefkasten unter seiner Privatanschrift geworfen. Auf die mir angeratene Art und Weise ist der Antrag nicht auf die Tagesordnung gelangt.

Das Recht Anträge zu stellen sollte jedem gewählten Mandatsträger zustehen. Die Geschäftsordnung sollte außerdem möglichst verständlich und frei von Widersprüchen sein. Dem Vorbild der Integrationsrates kann der Stadtrat ebenfalls folgen. Diese Umstände lassen keinen Aufschub zu ich bitte somit den Antrag auf die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Mit herzlichen Grüßen

Frank Samirae



Frank Samirae, MdR
Holunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Bülent Iyilik
-Vorsitzender-
Gierather Wald 7
51469 Bergisch Gladbach

5.03/09
R6

Sonntag, 3. August 2014

Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Mitglieder des Integrationsrates,

ich beantrage die Geschäftsordnung bezüglich der Themen Initiativantragsrecht, namentlicher und geheimer Abstimmungen und Einberufung zu den Sitzungen des Integrationsrates zu ändern.

I. Änderungsantrag bezüglich dem Initiativantragsrecht
In § 4 der Geschäftsordnung ist verankert:

Aufstellung der Tagesordnung

(1) Die Vorsitzende/der Vorsitzende setzt die Tagesordnung im Einvernehmen mit den stellvertretenden Vorsitzenden und im Benehmen mit der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister, vertreten durch die Geschäftsführung des Integrationsrates, fest. Sie/Er hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihr/ihm in schriftlicher Form spätestens am 14. Tag vor dem Sitzungstag von mindestens einem Fünftel der Integrationsratsmitglieder vorgelegt werden.

Dies steht im Widerspruch zu unserem Demokratieverständnis. Das Gremium setzt sich derzeit zusammen aus den gewählten Vertretern als Einzelbewerber (4 Mal je 1 Mandat), der Internationalen Liste (5 Mandate), der Demokratischen Liste (3 Mandate) sowie 2 Vertreter der SPD, 3 Vertreter der CDU und je 1 Vertreter von Grünen und AFD. In der Summe 19 Mitglieder umfasst also der Integrationsrat. Mit der 20 % Klausel würde bei Anwendung der Geschäftsordnung als einzige Gruppierung die Internationale Liste neue Anträge, also Initiativanträge, auf die Tagesordnung stellen dürfen. Alle anderen Mandatsträger wären auf eine aufwendige Absprache bereits Wochen vor der Sitzung angewiesen. Es würde unwahrscheinlich viel Zeit und auch Benzin verbraucht werden um auch nur ein Blatt Papier mehr auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Wahrscheinlich ist diese Klausel, welche bisher auch wohl nicht beachtet wurde, noch aus Urzeiten. Ich beantrage daher die Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

§4 Aufstellung der Tagesordnung

(1) Die Vorsitzende/der Vorsitzende setzt die Tagesordnung im Einvernehmen mit den stellvertretenden Vorsitzenden und im Benehmen mit der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister, vertreten durch die Geschäftsführung des Integrationsrates, fest. Sie/Er hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihr/ihm in schriftlicher Form spätestens am 14. Tag vor dem Sitzungstag von mindestens einem der Integrationsratsmitglieder vorgelegt werden.

§ 13 Redeordnung

(1) Die Vorsitzende/Der Vorsitzende ruft jeden Punkt der Tagesordnung nach der vorgesehenen oder beschlossenen Reihenfolge unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes auf und stellt die Angelegenheit zur Beratung. Wird eine Angelegenheit beraten, die auf Vorschlag von einem Fünftel (wird gestrichen) der Mitglieder des Integrationsrates in die Tagesordnung aufgenommen worden ist (§ 4 Abs. 1), so ist zunächst der Antragstellerin / dem Antragsteller / den Antragstellerinnen/ Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihren Vorschlag zu begründen.

Ist eine Berichterstattung vorgesehen, so erhält - ggf. im Anschluss an die Begründung der Antragstellerin/des Antragstellers- die Berichterstatteerin/der Berichterstatteer das Wort. Sitzungssprache ist deutsch.

II. Änderungsantrag bezüglich namentlicher und geheimer Abstimmungen

In § 14 der Geschäftsordnung ist verankert:

Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Anträge zur Geschäftsordnung können jederzeit von jedem Mitglied des Integrationsrates gestellt werden. Dazu gehören insbesondere folgende Anträge:

i) auf namentliche oder geheime Abstimmung.

Dies steht im Widerspruch zu § 17

(3) Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Integrationsrates erfolgt namentliche Abstimmung. Bei namentlicher Abstimmung ist die Stimmabgabe jedes Mitglieds des Integrationsrates in der Niederschrift zu vermerken.

(4) Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Integrationsrates wird geheim abgestimmt. Die geheime Abstimmung erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln.

Ich beantrage daher § 17 entsprechend abzuändern:

(3) Auf Antrag von einem Mitglied des Integrationsrates erfolgt namentliche Abstimmung. Bei namentlicher Abstimmung ist die Stimmabgabe jedes Mitglieds des Integrationsrates in der Niederschrift zu vermerken.

(4) Auf Antrag von einem Mitglied des Integrationsrates wird geheim abgestimmt. Die geheime Abstimmung erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln.

III. Änderungsantrag Einberufung zu den Sitzungen des Integrationsrates

In § 2 der Geschäftsordnung ist verankert:

Einberufung der Sitzungen des Integrationsrates

(1) Die Vorsitzende/Der Vorsitzende beruft den Integrationsrat ein, so oft es die Geschäftslage erfordert. Der Integrationsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangen.

In Anlehnung an die gelebte Praxis des Stadtrates in Bergisch Gladbach und der Stadträte in NRW wird zu einer Sitzung eingeladen, wenn dies 20 % der Mitglieder des Gremiums oder eine Fraktion dies beantragen. Im Integrationsrat gibt es keine Fraktionen aber Gruppierungen und Listen. Im Gremium befinden sich 5 Vertreter der Internationale Liste und 3 der Demokratischen Liste. Dabei liegt die Demokratische Liste unter der 20 % Hürde. Sie kann also bei strenger Anwendung der Geschäftsordnung nicht eine Einberufung des Integrationsrates erwirken.

Ich beantrage daher nach dem Vorbild des Stadtrates in Bergisch Gladbach und der Stadträte in NRW die Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

§ 2 Einberufung der Sitzungen des Integrationsrates

(1) Die Vorsitzende/Der Vorsitzende beruft den Integrationsrat ein, so oft es die Geschäftslage erfordert. Der Integrationsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder oder eine Gruppierung unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Samirae

Frank Samirae, MdR
Holunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
z.Hd. Michael Buhleier
Stadthaus An der Gohrmühle 18
51465 Bergisch Gladbach

per Telefax: 02202 142325

Donnerstag, 11. September 2014

Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung gem. § 12 der Geschäftsordnung i.V.m. § 16 der Geschäftsordnung zu Tagesordnungspunkt 15

Beschlussfassung zur Flüchtlingsunterkunft

Sehr geehrte Mitglieder des Integrationsrates,

in der Sitzung der Integrationsrates vom 26.06.2014 wurde explizit zu dem Vorhaben ein Industriegebäude für Flüchtlinge zu kaufen eine Anfrage gestellt. Die gewünschten Informationen erhielt der Integrationsrat von der Verwaltung jedoch bis heute nicht.

Es wird beantragt zu überprüfen, ob es sinnvoller ist die Flüchtlinge aus Kostengründen kurzfristig in einer eher außerhalb gelegenen Auffangeinrichtung, kurzfristig unterzubringen und zu betreuen. Darüberhinaus werden Handlungsempfehlungen gegeben und weitere Fragen gestellt.

Ich bitte anliegenden Antrag per Tischvorlage mit in die Sitzung einfließen zu lassen und auf die Tagesordnung zu setzen. Die fragwürdige Informationspolitik der Verwaltung lies mir keine Möglichkeit den Antrag unter Einhaltung der regulären Frist auf die Tagesordnung stellen zu lassen. Da der Stadtentwicklungsbetrieb dem Rat in seiner nächsten Sitzung einen Beschluss vorlegen wird und den Integrationsrat nicht im Vorfeld informiert hat, kann die Entscheidung in dieser Sache nicht aufgeschoben werden.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Frank Samirae



Anlage 3

E per Fax 11/09/14

per Mail 11/09 04:38 Uhr

Ju 10/09

Antrag

Gemäß §8 (3) der Hauptsatzung Bergisch Gladbach richtet der Integrationsrat eine Anregung an den Rat Stadt zum Thema Flüchtlingsheim. Nach § 27 GO NRW Abs. 8 stimmen Rat und Integrationsrat Themen der Integration in der Gemeinde ab. Eine gemeinsame Abstimmung zwischen Integrations-Rat und Rat der Stadt Bergisch Gladbach ist bis jetzt beim Thema Flüchtlingsheim in Bergisch Gladbach nicht erfolgt. Dieses Versäumnis soll hiermit nachgeholt werden.

In der Sitzung Integrationsrates vom 26.06.2014 wurde sogar explizit zu diesem Vorhaben eine Anfrage gestellt. Die gewünschten Informationen erhielt der Integrationsrat von der Verwaltung jedoch bis heute nicht. Das Gremium wurde augenscheinlich an der Nase herumgeführt oder schlichtweg nicht ernst genommen. Lediglich die Presse wurde informiert am 2. September 2014. Hier war jedoch eine Berichterstattung bis zum 5. September 2014 nicht gewünscht. Integrationsrat und Öffentlichkeit wurden somit vor vollendete Tatsachen durch die „Politik der Verwaltung“ gestellt.

Es ist die Aufgabe des Integrationsrats, mitzugestalten, wie neue Mitmenschen hier aufgenommen und versorgt werden. Die Stadtverwaltung schafft hier vollendete Tatsachen. Sie schafft hier Wohnbedingungen, die die Angestellten der Stadt selbst nicht mal 1 Nacht aushalten müssen, diese Menschen aber für Monate und Jahre. Der Integrationsrat auch als Interessenvertretung dieser Menschen wird ausgehebelt.

Sachdarstellung

„Auf Antrag des Integrationsrates ist eine Anregung oder Stellungnahme des Integrationsrates dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen. Der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes vom Integrationsrat benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheit an der Sitzung teilzunehmen; auf sein Verlangen ist ihm dazu das Wort zu erteilen.“ Das Wort wird mit diesem Antrag eingefordert.

Derzeit plant der Immobilienbetrieb die Investition in Höhe von 3.8 Mio. in eine Industriebrache. Zweck des Erwerbs ist es über 100 Menschen weitgehend unbetreut in diesem Gewerbeobjekt zu konzentrieren.

Die Erfahrung zeigt, dass Asylantenheime immer wieder zu Ängsten in der Bevölkerung führen. Eine Integration der Flüchtlinge ist bei dieser Form der Unterbringung schwer. Auch sind diese Zentren immer wieder Ziele für fremdenfeindliche Aktionen, wie in Merseburg im vergangenen Jahr. „In Leverkusen werden Flüchtlinge nicht mehr in Sammelunterkünften, sondern in Privatwohnungen untergebracht. Das sei menschenwürdiger und auch noch kostengünstiger für die Stadt, sagt Rita Schillings vom Flüchtlingsrat im Gespräch. <http://www.tagesschau.de/inland/leverkusener-modell-100.html>

Eine Frage ist, wie die Stadt garantieren will, dass der Erwerb, der Umbau und die Nutzungsänderung termingerecht zum Januar 2015 umgesetzt werden. Sollte nur ein Anwohner gegen diesen Plan klagen wird sich das Genehmigungsverfahren in die Länge ziehen und eine

kurzfristige Lösung rückt für die Flüchtlinge in weite Ferne. Verzögerungen bei der Fertigstellung des Umbaus der Gewerberäume des ehemaligen Bastel-Lübbe-Verlags werden dann auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen.

Zusätzlich möchte die Stadt neben dem Flüchtlingsheim noch eine Entsorgungsstelle für Grünschnitt ansiedeln, obwohl es in dem Gewerbegebiet bereits den Entsorgungsbetrieb Rehbach für Grünschnitt gibt.

Ob die geplanten 3.8 Mio. € zum einen für Erwerb und Umbau ausreichen, ist die eine Frage und ob das Grundstück für die Bewohner der Stadt in Zukunft an Wert gewinnt, ist ein Risiko dass nun bei der Stadt liegen soll. Auch ob die Wertentwicklung des Grundstücks jemals wieder das investiert wurde

Es wird beantragt zu überprüfen, ob es sinnvoller ist die Flüchtlinge aus Kostengründen kurzfristig in einer eher außerhalb gelegenen Auffangeinrichtung, kurzfristig unterzubringen und zu betreuen. Das Grundstück sollte zeitweise für 100 Menschen Platz bieten bis diese mit dezentralen Unterkünften versorgen werden können. Die folgenden Flüchtlingsschübe sollen jeweils 20-30 Menschen umfassen daher wären 100 Plätze das Maximum.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt daher weiteres Objekt mit mehr Potenzial zu überprüfen. Es wäre begrüßenswert, wenn eine Alternative zu der Industriebrache dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Der andere Standort könnte günstiger sein aber ergänzend wäre ggf. noch Budget übrig, um Psychologen und Betreuer zu beschäftigen.

Empfehlung an die Stadt:

- Keine Konzentration von allen neuen Flüchtlingen in einer zentralen Einrichtung
- geringes Risiko in kostenintensive Umbau-Maßnahmen
- Keine Risikoreiche Investition der Stadt in eine Industriebrache zu Lasten der Bürger
- Kein Risiko auf dem Rücken der Flüchtlinge in unsicheren Terminarbeiten
- Eine Investition der Stadt in einen Standort mit Zukunft
- Mehr professionelle Betreuung für die Flüchtlinge mit 2 Therapeuten.
- Ergänzen ist anzuregen, dass die Flüchtlinge in einer Versammlung zwei Vertreter (einen Mann und einer Frau) wählen können. Diese Vertreter können dann im Integrationsrat zu Flüchtlingsangelegenheit beraten.
- Einrichtung eines Kulturhauses an der Hauptstraße für Veranstaltungen, Internationale Lesungen, Vorträge etc. nach dem Bonner Vorbild Migrapolis

Ergänzend wird beantragt dem Integrationsrat schriftlich folgende Frage zu beantworten:

Fragen:

1. Wurde die geplante städtische Grünschnitt-Sammelstelle mit dem ansässigen Unternehmen (Rehbach) abgestimmt?
2. Warum wurde der Integrationsrat nicht frühzeitig in die Lösungsfindung einbezogen sonder nachweislich desinformiert?

*Siehe Anlage A1: Schreiben des Stadtentwicklungsbetriebes,
Bernd Martmann vom 22. Juli 2014*

*Zum Vergleich Anlage A2: Presseeinladung zum Ortstermin: Besichtigung des ehemaligen
Verlagshauses Lübbe – Berichterstattung zu dem Thema "Unterbringung von Flüchtlingen -
Ankauf der Lübbe-Immobilie durch den Stadtentwicklungsbetrieb" vom 02. September 2014*

3. Was passiert mit den Flüchtlingen, wenn die Einrichtung an der Scheidtbachstraße nicht rechtzeitig fertig wird?
4. Welche anderen Alternativen wurden geprüft?

Mit herzlichen Grüßen

Frank Samirae



- A 1 -



Stadtentwicklungsbetrieb
Bergisch Gladbach – AöR

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR | Postfach 2009 10 | 41436 Bergisch Gladbach

Herrn
Frank Samirac
Hoflunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Grundstückswirtschaft

Rathaus Bensberg
Auskunft erteilt:
Barbara Hauschild, Zimmer 630
Telefon: 02202 / 14- 12 75
Telefax: 02202 / 14- 12 72
e-mail: b.hauschild@seb-gl.de

Az: 8 23 20 10 SEB ha

22. Juli 2014

Sitzung des Integrationsbeirates am 26.06.2014
Tagesordnungspunkt Ö 18 : Anfragen der Mitglieder

Sehr geehrter Herr Samirac,

in der Sitzung des Integrationsbeirates am 26.06.2014 haben Sie folgende Anfrage gestellt:
„Zu dieser Problematik fällt mir gerade folgende Frage ein: Uns ist berichtet worden, dass im Moment sehr viele Flüchtlinge - 28 im Monat - in Bergisch Gladbach - ankommen und Herr Martmann vom Fachbereich Immobilien plant, ein Industriebrache-Gebäude zu kaufen, um dort Flüchtlinge anzusiedeln. Ich bitte die Stadtverwaltung in diese Sache um Aufklärung, was da geplant ist, was da gemacht wird, um welches Industriegebäude es sich handelt - wenn da überhaupt etwas dran ist. Bergisch Gladbach ist heillos überfordert mit der Anzahl der Flüchtlinge. Es gibt keine Gebäude. Flüchtlinge werden schon teilweise in Hotels untergebracht, weil die Situation so ist. Wenn es so ist, wie es in der Zeitung steht: Wenn wir keine kurzfristige Lösung finden, kommen erst die Zelte und dann wahrscheinlich die Turnhallen. Das möchte ich gerne berichten.“

Ihre mündliche Anfrage möchte ich im Folgenden beantworten:

Es ist richtig, dass zurzeit etwa die genannte Anzahl von 25- 30 Personen im Monat untergebracht werden müssen. Die Unterbringungssituation der Verwaltung ist weitgehend ausgeschöpft. Daher werden derzeit alle möglichen Unterbringungsmöglichkeiten geprüft. Dazu zählt auch der Erwerb von leerstehenden Objekten. Sobald konkrete Informationen vorliegen, werden die entsprechenden Beschlussgremien kurzfristig eingeschaltet.
Zu telefonischen Rückfragen steht Ihnen der Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Martmann

Stadtentwicklungsbetrieb

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
1 - 429 Bergisch Gladbach
Postfach 2009 10
41436 Bergisch Gladbach

Verwaltungsbereich
Verwaltungsbereich
Postfach 28221
41436 Bergisch Gladbach

VP-Bauamt Bergisch Gladbach
Bank für die Stadt
Konto: 3639771319
IBAN: DE71 3639771319
SWIFT: BIC: GIBN0333

Betreff: Presseeinladung zum Ortstermin: Besichtigung des ehemaligen Verlagshauses Lübbe am 04.09.2014 - Sperrfrist 05.09.2014, 5 Uhr

Von: M.Linnenbrink@stadt-gl.de (M.Linnenbrink@stadt-gl.de)

An: :

Datum: 11:18 Dienstag, 2. September 2014

Presseeinladung zum Ortstermin: Besichtigung des ehemaligen Verlagshauses Lübbe - Möglichkeit für Foto- und Ton-Aufnahmen - Sperrfrist 05.09.2014, 5 Uhr

Datum: Donnerstag, 04.09.2014
Zeit: 14:00 Uhr
Ort: ehemaliges Verlagshaus Lübbe,
Scheidtbachstraße 23 – 31, 51469 Bergisch Gladbach,
Gewerbegebiet An der Zinkhütte,
Haupteingang Scheidtbachstraße

Liebe Medienvertreterinnen und -vertreter,
die Flüchtlingsituation ist in Bergisch Gladbach seit Jahresbeginn sehr angespannt. Um weitere Plätze für die Unterbringung zu schaffen, sind in den nächsten Wochen verschiedene Gremien mit der Frage befasst, ob das ehemalige Verlagshaus Lübbe angekauft werden soll. Erwerber wäre der Stadtentwicklungsbetrieb AöR (SEB), die Stadt würde einen Teil des Gebäudes für circa 100 Flüchtlinge anmieten.

Am kommenden Donnerstag, 4. September 2014, tagt der Verwaltungsrat des SEB ab 17 Uhr im Ratssaal des Bensberger Rathauses. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird über den Kauf der Immobilie im Gewerbegebiet An der Zinkhütte beraten und abgestimmt. Da es unter anderem um vertrauliche Vertragsinformationen geht, ist die Presse für diesen Teil der Beratungen nicht zugelassen.

Dennoch möchten wir den Pressevertreterinnen und -vertretern die Möglichkeit geben, ihre Leser/innen und Hörer/innen über dieses Thema zu informieren.
Wir laden ein zum **Ortstermin am Donnerstag, 4. September 2014, um 14 Uhr** an die Scheidtbachstraße 23 – 31.
Die Fachbereichsleiter Bernd Martmann (SEB und Immobilienbetrieb) und Beate Schlich (Jugend und Soziales) informieren über die Pläne mit dem Objekt.

Bitte beachten Sie, dass für die Berichterstattung zu dem Thema "Unterbringung von Flüchtlingen - Ankauf der Lübbe-Immobilie durch den Stadtentwicklungsbetrieb" die **Sperrfrist: Freitag, 5. September 2014, 5 Uhr** besteht.

Wir informieren Sie am Donnerstagabend, 4. September 2014, über die Ergebnisse der Verwaltungsratssitzung zu diesem Thema.

Sollten Sie noch Rückfragen haben, so erreichen Sie mich jederzeit mobil oder per Mail.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Marion Linnenbrink

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
BM - 190 Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel. 02202 142419
Fax. 02202 142240
Mobil: 0171 5602332

E-Mail m.linnenbrink@stadt-gl.de
www.bergischgladbach.de

Bergisch Gladbach feiert das Stadt- und Kulturfest mit Stadtfest, Kulturbörse, Events, Sport & Spiel -
vom 12. bis 14. September in der Fußgängerzone Stadtnitte.

Anlage 4

Frank Samirae, MdF
Holunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Stadthaus An der Gohrsmühle
z. Hd. Herrn Buhleier
An der Gohrsmühle 18
51465 Bergisch Gladbach

03
E / OS
Jca

per Telefax: 02202-14-2325

Mittwoch, 3. September 2014

Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung des Integrationsrates vom 11.09.2014
gem. § 12 der Geschäftsordnung um den Antrag zum Diversity Management Event

Sehr geehrter Mitglieder des Integrationsrates,

für das Diversity Management Event ist in dieser Sitzung eine Beschlussfassung nötig damit die Terminliche und personelle Koordination des Events am 23.03.15 möglich ist. Es besteht nach diesem Event die erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass man der Empfehlung des Integrationsrates auch im Stadtrat folgt. Hierzu muss die Beschlussfassung im Stadtrat terminlich auf die Sitzung nach dem Event am 23.3.15 verlegt werden.

Es konnten derweil hochkarätige Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft hierfür gewonnen werden.

Daher ist sind die Beschlüsse zu anliegendem Antrag dringend und offiziell in dieser Sitzung des Integrationsrates zu behandeln. Die Umstände lassen keinen Aufschub zu.

Mit herzlichen Grüßen

Frank Samirae



Frank Samirae, MdR
Holunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Stadthaus An der Gohrsmühle
z. Hd. Herrn Buhleier
An der Gohrsmühle 18
51465 Bergisch Gladbach

per Telefax: 02202-14-2325

Mittwoch, 3. September 2014

Antrag zum Diversity Management Event

Sehr geehrter Mitglieder des Integrationsrates,

für das Diversity Management fand sich eine breite Mehrheit im Bergisch Gladbacher Integrationsrat. Um eine Mehrheit im Bergisch Gladbacher Stadtrat erreichen zu können ist in Bergisch Gladbach noch viel Aufklärungsarbeit und Information nötig, um für die Einführung des Diversity Management zum Erfolg zu führen.

Daher sollen im Rahmen einer Abend-Veranstaltung von verschiedenen Fachexperten zum Thema Vorträge gehalten werden. Anschließend folgt eine Podiumsdiskussion und ein Get Together. Hierzu bitte ich Sie um Ihre Stimme, damit wir das Diversity Management in Bergisch Gladbach zum Erfolg führen können.

In Einvernehmen mit dem Vorstand des Integrationsrates habe ich, vorbehaltlich Ihrer Zustimmung die Veranstaltung terminlich und personell grob vorbereitet.

Zugesagt für diese Veranstaltung haben bereits:

Wolfgang Bosbach, MdB (CDU)
Helene Hammelrath, MdL (SPD)
Dr. Birgit Beisheim, MdL (Grüne)
Stefan Krause, Leiter des Bergisch Gladbach Arbeitsamtes

Angefragt wurden:

Michael Stuber, „Diversity-Papst“ und Fachexperte aus Köln
IHK Köln, n.N.

Termin:

Montag, den 23.3.2015 – ab 19:00 Uhr

Ort:

Großer Ratssaal, Rathaus Bergisch Gladbach, Stadtmitte
Der Raum wurde bereits auf dem „kurzen Dienstweg“ reserviert.

Beschluss:

1. Der Integrationsrat beschließt die Abend-Veranstaltung wie vorgeschlagen am 23.3.2015 durchzuführen. Die weitere Detailplanung übernimmt der Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit.“ Der Integrationsrat lädt die o.g. Teilnehmer nun offiziell zu dieser Veranstaltung ein und lässt sich jeweils den Termin bestätigen.

2. Der Integrationsrat informiert den Bürgermeister umgehend über diese Veranstaltung und beantragt die Beschlussfassung zum Diversity Management im Rat der Stadt Bergisch Gladbach terminlich nach dieser Veranstaltung vorzunehmen. Es wird daher beantragt den für die nächste Ratssitzung geplanten Beschluss zu vertagen bzw. das Thema erst auf die folgende Ratssitzung nach dem 23.3.2015 zu setzen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Fachexperten, Herrn Michael Stuber, nun im Auftrag des Integrationsrates zu kontaktieren und ein Honorar für seine Teilnahme als Referent und Fachexperte auszuhandeln. Da die Honorarvorstellungen des Herrn Stuber leider bis dato nicht zu ermitteln waren, wird die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“ beauftragt einen alternativen Fachexperten / Fachexpertin zu diesem Thema kurzfristig nebst der Honorarvorstellung und Verfügbarkeit zu ermitteln.

4. Die Pressestelle der Stadt Bergisch Gladbach wird gebeten den Arbeitskreis für dieses Event bei der Presse und PR Arbeit zu unterstützen. Sie möge die Lokalpresse über diese Veranstaltung mit ihren hochkarätigen Gästen durch Weiterleitung der Pressemitteilungen des Arbeitskreises rechtzeitig informieren.

5. Die Veranstaltung soll mit Plakaten auf Hartfaserplatten beworben werden. Hierzu stellt die Bürgerpartei GL dem Integrationsrat gerne 250 Hartfaserplatten kostenfrei zur Verfügung. Diese sind jedoch bei Verlust oder Totalschaden dem Verein zu ersetzen.

Der Integrationsrat lässt 250 Plakate als Werbemittel drucken (Druckkosten ca. 130 €).

Die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit wird diese auf die Hartfaserplatten aufkleben.

(Materialkosten ca. 20 - 30 €)

Die GL Service gGmbH wird beauftragt die Plakate an Laternen im Stadtgebiet 7 Tage vor der Veranstaltung anzubringen und 1 Tag nach der Veranstaltung wieder abzuhängen.

(Kosten ca. 1€ pro Plakat) also: 200 €

Die „Laternenmiete“ ist für 50 Plakate kostenfrei. Für jedes weitere Plakat und Tag würden 0,25 € anfallen also: 350 €. Gesamtwerbekosten ca. 700 €

Für die Werbemaßnahmen reserviert der Integrationsrat aus dem Budget des Jahres 700 €.

6. Die Verwaltung wird beauftragt den Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit bei der Suche nach einem politisch neutralen Moderator zu unterstützen. Es sollen Honorarvorstellungen abgefragt werden um eine Beschlussfassung vorzubereiten.

7. Der große Ratssaal wird hierzu nun offiziell gebucht. Es fallen für die Raummiete keine Kosten an.

Die Verwaltung wird beauftragt für dieses Event die erforderlichen Mikrofone für Referenten, Teilnehmer und Moderator sowie Beamer, Laptop und Leinwand bereitzustellen. Hierzu soll mit dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit Rücksprache gehalten werden. Ein Mitarbeiter der Verwaltung soll die Technik am betreffenden Abend betreuen und beaufsichtigen.

8. Den Gästen der Veranstaltung wird zur Begrüßung ein einfaches kaltes Buffet mit alkoholfreien Getränken bereitgestellt. (halbe belegte Brötchen) ca. 300 €

9. Bei der Herrichtung des Raumes sowie der Säuberung nach der Veranstaltung wird jede Hilfe gerne angenommen. Hierzu wird eine Liste freiwilliger Helfer durch den Arbeitskreis aufgesetzt. Die Verwaltung wird um Mitteilung gebeten, wie die Endreinigung des Raumes gehandhabt wird.

Mit herzlichen Grüßen

Frank Samirac

Frank Samirae
Hoflunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

Er. 08.09.2014, 2h
P. For Aug 08.09.14

Er-08/09. Anlage 5

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
z.Hd. Michael Buhler
Stadthaus An der Gohtramühle 18
51466 Bergisch Gladbach

per Telefon: 02202 142825

Montag, 8. September 2014

Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung gem. § 12 der Geschäftsordnung
zu Tagesordnungspunkt 10

Beschlussfassung zur Bildung der Arbeitskreise

Sehr geehrte Mitglieder des Integrationsrates,

für die Bildung der Arbeitskreise unter Tagesordnungspunkt 10 ist ein Beschluss nötig. Es ist in der aktuellen Legislaturperiode kein Beschluss gefasst worden für die Bildung der Arbeitskreise. In den Protokollen der letzten 5 Jahre war ebenfalls kein formeller Beschluss zu finden. Da einige Arbeitskreise bereits ihre Arbeit aufgenommen haben oder in Kürze aufnehmen werden ist eine Beschlussfassung in dieser Sitzung unter o.g. Tagesordnungspunkt nötig.

Ein formeller Beschluss muss jedoch hierbei noch laut Auskunft des Landesintegrationsrates NRW gefasst werden. Um den Mangel zu heilen bitte ich um ihre Stimme für die Errichtung der Arbeitskreise.

Antrag zur Beschlussfassung zur Bildung der Arbeitskreise

Der Integrationsrat beschließt die Einrichtung unter Tagesordnungspunkt 10 gebildeter Arbeitskreise und der bereits existierenden Arbeitskreise

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Frank Samirae



Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

| | |
|---|----|
| Niederschrift (öffentlich) | 1 |
| Anlage 1 110914 Teilnehmerverzeichnis | 17 |
| Anlage 2 110914 Antrag Änderung der Geschäftsordnung | 19 |
| Anlage 3 110914 Antrag zur Flüchtlingsunterkunft | 23 |
| Anlage 4 110914 Antrag zum Diversity Management Event | 31 |
| Anlage 5 110914 Antrag Bildung der Arbeitskreise | 35 |
| Inhaltsverzeichnis | 37 |